

# Mit Liste 11 –

## Mehr Lebenserfahrung nach Bern!

- Wir verlangen altersgerechte, bezahlbare Wohnungen und neue Wohnformen, die keine Vereinsamung zulassen. Der Bund soll Genossenschaftswohnungen durch finanzielle Mittel fördern.
- Wir kämpfen gegen steigende Mieten zum Schutz der Mietenden und der Kaufkraft.
- Wir setzen uns für faire Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals ein. Wir verlangen bessere Löhne, geregelte Pausen und weniger hohe Arbeitspensen, keine Entlassungen auf Grund von Profitmaximierung.
- Krankenkassenprämien dürfen nicht höher als 10 % des Grundeinkommens sein.
- Wir erwarten vom Bund Verbesserungen bei der Berechnung von Ergänzungs- und Sozialleistungen als Mittel gegen die Altersarmut. Ein Drittel der Frauen im Pensionsalter gilt als arm. Nationale und kantonale Steuern müssen fairer ausgestaltet sein. Eine 13. AHV-Rente ist auszurichten.
- Wir verlangen, dass weiterhin mit Bargeld oder Karte an Billettautomaten bezahlt werden kann. Vergünstigungen im ÖV müssen auch am Billettschalter erhältlich sein. Der Staat soll für ältere Menschen Anpassungen im Digitalbereich schaffen.
- Die grosse Care-Arbeit durch SeniorInnen soll durch die Politik anerkannt werden. Der Mehrwert der Care-Arbeit soll zukünftig in die Rentenbildung einfließen.
- Kitas sollen dem Einkommen der Eltern entsprechend finanziert werden. Damit unterstützen wir junge Eltern auf ihrem beruflichen Weg und entlasten Grosseltern in der Care-Verantwortung. Das Personal benötigt eine gründliche Ausbildung und bessere Entlohnung.
- Der Klimaschutz soll landesweit so ausgebaut werden, dass alle Menschen weniger unter den negativen Auswirkungen der Klimaveränderung zu leiden haben. Alternative Energien müssen stärker gefördert werden. Es sind entsprechende finanzielle Anreize und Gesetze zu schaffen. Das Einspruchsrecht der Umweltverbände darf nicht angetastet werden.
- Der Bund wirkt gezielt auf den Ausbau des Langsamverkehrs in den Kantonen ein. Der Öffentliche Verkehr ist vom Bund finanziell so zu unterstützen, dass ein optimaler Unterhalt und Ausbau weiterhin möglich ist.